



werte, daß mangels eines Katalogs der Schriften dieser Gesellschaft eine Empfehlung nicht habe erfolgen können. Abg. Sedemroth (kon.) erklärte sehr entschieden, daß die Unterrichtsverwaltung in der vorliegenden Frage durchaus nicht einseitig oder bürokratisch gehandelt habe. Der Abg. Friedberg könne nicht eine besondere Bevorzugung des Vereins für Vollständigung verlangen. Es wären gegen diesen Verein schon Klagen erhoben worden, die seine — des Redners — Parteifreunde ruhig gemacht hätten. Hinter diesen Angriffen auf die Regierung liege noch etwas anderes als die Sorge um den Verein. (Zustimmung rechts.) Das Haus vertagte sich um 5½ Uhr auf Montag 11 Uhr. Fortsetzung der Beratung.

#### Ergellen von Hofstein 7.

Am Sonnabend abend um 7½ Uhr ist der erste Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Ergellen von Hofstein, erschienen. Artenerverteilung wird als Zuberische angegeben.

Am Nachhinein der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es u. a.: „Der Verlorbene hat 10 Jahre hindurch innerhalb des Auswärtigen Amtes eine hervorragende Stellung eingenommen und vier Kanzler mit seinem Räte zur Seite gestanden. Aufgewachsen und ausgebildet in der Schule des Fürstlichen Ministers, vereinte er mit reicher Erfahrung und ausgebreiteter Kenntniß eine reiche Persönlichkeit, einen nie ermüdenden Eifer, unerschöpfliche Energie, nachsamen Patriotismus und eine aufopfernde Hingabe an den Dienst, für den er ohne Streben nach äußerer Anerkennung ausschließlich lebte. Allen, die mit ihm arbeiteten, wird er in diesen Beziehungen vorbildlich bleiben.“

Friedrich von Hofstein wurde am 24. April 1837 in Schwedt geboren. Nachdem er von 1859 bis 1866 die Universität Berlin besucht hatte, widmete er sich nach kurzer juristischer Tätigkeit Ende 1860 der diplomatischen Laufbahn. Während der Feldzüge 1870/71 war Hofstein in der Nähe Wiemar's im Hauptquartier und erhielt das Ehrenkreuz zweiter Klasse. Nach dem Friedensschluß bei der Besetzung von Paris tätig, erhielt er im April 1876 die Einsetzung als Hilfsarbeiter zur politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. 1878 nahm er an den Arbeiten des Berliner Kongresses teil und wurde im Oktober desselben Jahres Botschafts-Legationsrat und vortragender Rat. 1880 zum Geheimen Legationsrat ernannt, bekam er im August 1886 die Beförderung zum Botschafts-Rat. Hofstein trat mit dem Range der Räte erster Klasse. Von 1887 bis 1896 hat er jährlich vertretungsweise die Geschäfte des Unterstaatssekretärs geführt. Seinezeit wurden ihm beim Aufbruch der Marokko-Konferenz die Willkuren zum Noten-Ablösen mit Eichenlaub verliehen, dessen Inhabiger ihm am 27. Januar 1901 verliehen worden waren. Ende April 1906 trat er von seinem Amte zurück. Herr von Hofstein hat in den letzten Jahren eine vielfach besprochene politische Rolle gespielt. Er galt als der „Mann hinter den Kulissen“ und der Fürst Philipp von Bulgarien war in erster Linie seinem Betreiben zugewidmet. Mit dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck ist der Verlorbene stets eng befreundet gewesen und hat auch auf seinen letzten Antrittstage manchen Aufmerksamkeiten von ihm entgegennehmen dürfen. Die Berliner Blätter widmen dem Geheimrat von Hofstein eingehende Nekrologe, in denen sie ihn zwar in scharfen Worten als strengen Gegner Frankreichs bezeichnen und namentlich seine Haltung in der Marokko-Frage, jedoch seinen Patriotismus und seinen hervorragenden geistigen Eigenschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen.

#### Ausflug im Auslande.

Die Desorganisation der französischen Beamtenbehörden macht weiter reichende Fortschritte. Allerdings ist es am 1. Mai noch nicht zum Ausbruch der Vollkommenheit gekommen. Der alte Fürst Clemenceau hat es durch ganze und halbe Verordnungen verhindert, die Wagnisse eines sozialistischen Umsturzes der Staatsbeamten zum „Welt-Feiertage“ noch zu vermeiden. Jetzt aber, da Clemenceau weder den Generalpostmeister Szymanian entlassen, noch sich getraut hat, die Mädelstufen aus dem Staatsdienst zu entfernen, wird ihm durch seinen Widersprechenden vorgeworfen und dafür Entgelt mit einem Generalstreik angefordert. In einer großen Nachversammlung, die von den Eisenbahndienstleuten einberufen war, führte der Vorsitzende der Generalföderation der Arbeitersyndikate aus, daß die Generalföderation den Generalstreik vorbereite. Die Eisenbahndienstleuten erklärten sich für vollkommen solidarisch mit den Post- und Telegraphendienstleuten. Aber auch die französische Regierung steht den Ereignissen nicht tatenlos gegenüber. Der Staatsanwalt soll bereits das Verfahren zur Auflösung der erst am 6. Mai neugewählten Generalität der Postbeamten eingeleitet haben. Ob die französische Regierung Autorität und Kraft genug besitzt, das Unheil abzuwenden, erdient doch recht zweifelhaft. Im den übrigen Staaten, besonders für die Landesverteidigung, vorzubringen, hat sie mit Hilfe der Marine einen Betrieb für drahtlose Fernkommunikation in den Hafengebieten eingerichtet. Eins der mit diesen Apparaten ausgerüsteten Kriegsschiffe hat das wenig erfreuliche, aber nicht gerade tragische Resultat, einen schlechten Standort zu bekommen, der das Schiff nicht genügend mit frischen Lebensmitteln versorgen konnte. Als daher den Mannschaften Kommanden überreicht wurden, griffen sie ihre Borgelegen an. Wir sehen also auch hieran wieder, daß der Aufbruch der Disziplin der Beamten die des Militärs und der Marine gleichen Schritt fällt. Das Rand aber, das so weit gehen ist, geht dem Rande des Abgrundes entgegen.

Unseren englischen Lesern ist bekanntlich unsere Flotte ein Schredensgegenstand, trotzdem sie kaum ein Drittel so stark ist als die englische Armada. Doch weiter aber ist diese übergläubige Angst gebrochen durch das feste Zusammenhalten des Deutschen Reichs mit Oesterreich-Ungarn während der Balkanwirren. Die beiden Kaiserreiche werden jetzt der Berechnung des Zweimächtebündnisses als eine Macht zugrunde gelegt. Außerdem fanden am Donnerstag im englischen Unterhause Redensarten zwischen einer französischen Parlamentsdeputation unter Delcassé und englischen Staatsmännern wie Asquith, Goldsmead und Curzon statt, die sich auf das deutsch-österreichische Uebereinkommen und eine weitere Festigung der französisch-englischen Entente bezogen haben sollen. Besonders bemerkenswert ist aber, daß die jetzt bekannt gewordenen Dispositionen über die Leistungen der Deutschen Flotte in der Nordsee die englischen Ministerien veranlaßt haben, ihre Dispositionen so zu ändern, daß während dieser Uebungen, die englische Flotte in voller Stärke in der Nordsee bleibt. Denkt man sich dann noch die kindliche Angst Oesterreichs vor unseren Seeheeren hinzu, so ist das Bild der frankophoben öffentlichen Meinung ein vollständiges.

Aber auch Italien ist die zutage getretene Kraft seines österreichischen Nachbarn etwas schreckhaft in die Glieder gefahren. Während man sich bis vor kurzem doch noch mehr oder weniger in der Rolle sah, eines Tages dem Befreier der Italia irredenta spielen zu können, hat man sich jetzt kurz entschlossen, den neubemühten Militärfreud zu Befestigung der Grenze gegen Oesterreich zu verwenden.

In der schönen Doppelmonarchie sieht der Kampf um die Vorkrage an erster Stelle. Das Streben der ungarischen Sozialpartei nach einer selbständigen ungarischen Kammer dürfte um so weniger in Erfüllung gehen, als die Partei selbst in dieser Frage jetzt nicht mehr einzig mit Graf Andrassy sich, sondern mit dem Führer der Konstitutionellen, Graf Johann Sós, und der Sozialpartei zusammenschließen hat. Ferner hat es in Oesterreich böses Blut gemacht, daß noch vor der parlamentarischen Erledigung der Annexionsfrage eine ungarische Privatbankgesellschaft besondere Grundrechte in Bosnien erworben hat. Die Christlich-Sozialen, die in diesen Dingen Ungarn gegenüber keinen Spah verheßen, haben dem verantwortlichen gemeinsamen Finanzminister Burian schon seinen rückwärtsen Sturz angekündigt. Noch mehr aber fürchtet man in West eine Agitationsreise des Wiener Gemeinderats, die unter dem Deckmantel des Besuchs eines Sinderbolsches am Adriatischen Meer nichts geringeres bezweckt soll als eine Propaganda für eine Neugestaltung Oesterreichs auf irrealistischer Basis. Es ist eine der Lieblingsideen der österreichischen Christlich-Sozialen, den Nationalitätsstreitigkeiten in der habsburgischen Monarchie durch ein Ende zu machen, daß neben das deutsche Oesterreich und magyarische Ungarn ein selbständiger gleichberechtigter Staat treten soll, dem außer den Ostkarpatsengebirgen noch die slavischen Teile Ungarns und Kroatiens angeteilt werden.

#### Deutsches Reich.

\* Zur Verfassungsreform in Preußen. Wegen der Behandlung der Vorlagen betreffend die Verfassungsreform, den Wohnungsgesetzgebung und die Deckungsfragen lebten wir hier, zuerst Verhandlungen allen Parteien des Hauses der Abgeordneten. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß innerhalb aller Parteien sehr bald eine Einigung zustande kommen wird nach der Richtung, auf die möglicher Berücksichtigung der Wünsche des Herrenhauses doch den Beamten die Zustände gesichert werden, auf die sie nach den bisherigen Erklärungen und Verhandlungen Aussicht und Anspruch haben.

\* Besuch des Königs von Griechenland in Berlin. Wie der „Inf.“ aus Sicht mitteilt, wird sich beim Oberhofmeisteramt dort die Nachricht eingelaufen, daß König Georg von Griechenland im August d. Js. dem Kaiser Franz Josef in Bad Nizza einen kurzen Besuch abtun wird. Von Nizza aus beabsichtigt der griechische Monarch aber Salzburg die Reise nach München fortzusetzen. Dort ist ein Zusammenreffen mit dem Prinzregenten Luitpold von Bayern geplant. Nach weitestmöglichem Aufenthalt in der bayerischen Residenzstadt wird König Georg nach Berlin weiter reisen, um dem Berliner Hofe seinen Besuch abzustatten.

\* Der neue deutsche Botschafter in Rom. v. Jagow, überreichte am Sonntag vormittag unter dem üblichen Zeremoniell dem Könige von Italien sein Beglaubigungsschreiben. Die Audienz, die etwa 20 Minuten dauerte, trug einen sehr herzlichen Charakter.

\* Abgeordneter Arendt und die Firma Krupp. Abgeordneter Dr. Arendt hat der „Süd. Zig.“ mitgeteilt, daß die Reichstag der sozialdemokratischen „Ehrentätigkeit“, seine Reichstagsrede vom 4. Mai sei von Vertretern der Firma Krupp diktiert worden, völlig unklar und aus der Luft gegriffen ist. Angewiesen hat Dr. Arendt von der Firma Krupp einen Brief erhalten, in dem es heißt: „Je dankbarer wir uns für die Unterstützung durch die Reichstagsopposition entgegengebracht Interesse sind, um so unwilliger hat es uns berührt, daß sozialdemokratische Blätter Sie als parlamentarischen Agenten der Firma Krupp herabzusetzen versuchen.“ Wir bitten Sie, den Ausdruck unseres lebhaftesten Bedauerns über diesen unqualifizierten Angriff entgegenzunehmen zu wollen.

\* Bundesrat und Gewerbesteuer. Am Freitag fand in Weimar eine vertrauliche Aussprache des Deutschen Bundesrat und Gewerbesteuer statt, der aus allen Teilen Deutschlands besetzt war. Die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen des Vorsitzenden der Geschäftsstelle, Platenhainwerder. Die Verhandlungen erstreckten sich über Beiträge zur Reichsfinanzreform und der Reichsverfassungsreform. Es wurde sodann die Tagesordnung für den in der ersten Hälfte des August in Königsberg i. Pr. stattfindenden Bundesrats und Gewerbesteuerkongress festgesetzt. Die nächste Aussprache soll in der Zeit vom 7. bis 9. Juli in Wiesbaden stattfinden.

\* Die „Herren“ Reservisten. Wie der „Inf.“ von militärischer Seite mitgeteilt wird, hat das Kriegsministerium vor kurzem eine Verfügung erlassen, die sich auf die Verteilung der Reservisten in der Armee bezieht. Da dieselben als Personen des Soldatenstandes die allgemeine übliche Anrede und Bezeichnung als „Reservist“ zusetzt, so wurden ihnen dementsprechend militärische Schriftstücke dienstlichen Inhalts mit der Anrede „ohne Einzugsnummer“ und des bürgerlichen Lebens gebräuchlicher „Herrn“ zugestellt. Bei der Landwehr-Inspektion Berlin sind nun vielfach Beschwerden eingelaufen, die sich auf die Fortlassung dieser Bezeichnung beziehen. Es handelt sich namentlich um solche Fälle, bei denen die Reservisten einen bürgerlichen Beruf inne haben, der die Geltung von Angehörigen bedingt. Als besonders unliebsam wurde empfunden, daß militärische Dienstbriefe usw. durch die Hände des Personalgehefen, dem das Fehlen der üblichen Anrede auffällt. Die Kommando-Inspektion Berlin hat in Verfolg dieser Beschwerden beim Kriegsministerium den Antrag gestellt, daß auf den Adressen der den Reservisten zuzuschickenden dienstlichen Schriftstücke in Zukunft die Bezeichnung „Herr“ hinzugefügt wird, wofür ein Schreiben des Kriegsministeriums Folge gegeben hat. Der nun dem Briefträger zugängliche Inhalt der Schriftstücke sowie die Anrede werden nicht davon berührt. Entprechend dem allgemeinen militärischen Gebrauch, der mit Recht im Dienst die Anrede „Herr“ und eine Anrede mit „Herr“ nicht kennt, wird also von hier ab bei der Anrede und in allen Zuschriften bis auf die Fassung der Adressen die Bezeichnung „Herr“ fortgelassen.

\* „Polizeihunde“ für die Gendarmen. Gegenwärtig schwärmen die „Inf.“ von unterrichteter Seite erzählt, im zuständigen Ministerium Erwägungen, die sich auf die Einführung von Polizeihunden bei der preussischen Gendarmen beziehen. Da gewöhnliche Hunde für die Beschaffung der Hunde auch in nicht ferne Zeit diese neue Einrichtung in seinen gerufen wird. Man denkt dabei nicht daran, Polizeihunde bei einzelnen Gendarmenposten auszustellen, sondern man wird vornehmlich die Rollen veranlassen, indem man mit vorausgeschickter Hunde bei besonderen Fällen Verwendung finden lassen wird. Gegenwärtig sind bereits mehrere Gendarmen zur Berliner Polizeihunde hunde nominiert, wo sie in der Abteilung für Polizeihunde zu Informationszwecken tätig sind. Zu der Beschaffung und Verwendung von brauchbaren Polizeihunden haben sich im übrigen besonders einige holländische Polizeibehörden bereitwillig gezeigt. Es sind dies insbesondere die Verwaltungen in Haag, Rotterdam und Jerslow.

\* Auf den deutschen Münzstätten sind im Monat April für 4 619 800 M. Doppelfranken und für 374 080 M. Kronenbeide auf Privatrechnung, für 598 029 M. Dreimarckstücke, für 577 752 M. Fünfzigpfennigstücke und für 4 524 700 M. Fünfzigpfennigstücke geprägt worden.

\* Die deutsche Botschaft in Wien. Schändling erklärte sich bereit, eine Reichstagskandidatur für den Bezirk Landsberg-Soldin anzunehmen.

\* Die Jungfrau von Orleans und die deutsche Grenze. Bei der Schlußfeier zur Seligsprechung der Jungfrau von Orleans hielt der Bischof Turin von Nancy eine große Rede, in der er ausführte, der Krieg sei manchmal unvermeidlich, wenn es sich um die Verteidigung der Heimat, um das Glauben, die Unabhängigkeit und die Ehre der Völker handle. Mit einer Anspielung auf die Elsaß-Lothringische Grenze meinte der Bischof, es frage sich, ob die Mächte der Jeanne d'Arc, welche die Frankreich umgebende Grenze durchbrach, nicht noch einmal inskande sein würde, sie mit Hilfe einer höheren Gewalt zu durchbrechen. — O du phantastischer Bischof von Nancy!

#### Ausland.

\* Ausland. Ein Berliner Telegramm der „Süd. Zig.“ besagt: Französische Blätter bringen folgende Depesche aus Petersburg: „In diplomatischen Kreisen versichert man, daß der von der reaktionären Bourgeoisie gegen Herrn Stolypin geführte Feldzug von der deutschen Diplomatie veranlaßt ist. Die Herr Stolypin als den Förderer der deutsch-englischen Politik ansieht und die Befürchtung hegt, daß sein Verbleiben in Russland endgültig aus der deutschen Interessenpolitik entfernen würde usw.“ Diesen ganzen Gerücht wäre gar keine Bedeutung beizulegen, wenn es nicht ankäme, daß die „Agence Havas“, die halbamtliche französische Depeschengeneratur, die Verbreiterin derartigen Nachrichten ist.

Die Audienz Stolypins beim Zar am 9. Mai verlief dem „Berl. Anz.“ zufolge resultatlos, da der Zar über den Stand der Marine-Generalstabschef erst in einigen Tagen entscheiden wird. Nach der Audienz fand in Stolypin's Villa eine Ministerberatung statt. Das Ministerium erklärte sich mit Stolypin's politischer Lage einverstanden. Der Zar, der zur habe den Etat des Marine-Generalstabschef unterzeichnet und Stolypin in der heutigen Audienz mitgeteilt. Die Ministerien werde alle überhören betrachtet. Die russische Reichsregierung befragte, Stolypin wegen systematischer Verletzung des Bundesgesetzes vor Gericht zu stellen.

\* Türkei. Unkontrollierbare, wahrscheinlich übertriebene Gerüchte wollen von einer Abimmung zwischen dem Sultan und dem russischen Kaiser herkommen. Der Generalstabschef Schuchowitsch habe wegen dieser Abimmung intervenieren müssen, da der Sultan gewisse Eventualitäten angebrocht habe. Anfolgendes soll auch Schuchowitsch die früher gemeldete Kundgebung, wonach die Armee alle Beziehungen zum jüdisch-russischen Komitee gelöst hätte, veröffentlicht haben. — Einer Weltpolitik der Zukunft zufolge beabsichtigt der Sohn des Sultans, Murad Eddin, einen Aufstand in Albanien zu organisieren, um an der Spitze der Albaner nach Saloniki zu marschieren und seinen Vater zu befreien.

\* Persien. Im Anschluß an die Bildung des neuen Cabinets erließ der Schah zwei Proklamationen, von denen die eine die Bewilligung der Verfassung, die andere den Erlass einer politischen Amnestie enthält. Der Schah wies die Befehlshaber der Regierungstruppen in der Nachbarschaft von Tebriz an, ihre Truppen zu entlassen.

\* Aus Tebriz, 9. Mai, wird noch gemeldet: Vorgehen des Schahs über den Lager des Generals Enakoff. Die Vertreter der Nationalen in Tebriz, Aghas und Schahs haben in Tebriz die Stimmung der Tebrizer Bevölkerung zu prüfen gesucht. Es wurde beschlossen, die vom Schah verleierte Verfügung nicht anzunehmen, vielmehr die Wiederherstellung der ursprünglichen Verfügung zu verlangen. Als unerlässliche Bedingung hierfür wird die Einführung der Grundbesitzsteuer, die eine Aufgabe von Artikel ausländischer Gesetzbücher enthält. Die Tebrizer denken nicht daran, die Befehle zu befolgen. Sie haben begonnen, mit Erpressungen vorzugehen, um die leergebliebenen Kassen des Endhans zu füllen, indem sie dabei sich die fette Beute des russischen Detachements anzuwohnen, das sich in die inneren persischen Angelegenheiten nicht einmischt. In Tebriz steht ein von der Regierung eingesetzter Gouverneur, dessen beabsichtigtes Eintreffen zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen würde.

\* Dänemark. Wie dem Rostocker Bureau aus Alischabad gemeldet wird, wurde eine 40 Mann starke Marineabteilung eingetretener Kavallerie, die von einem englischen Leutnant befehligt wurde, in der Nähe von Wirtzschitz (Wolowitsch) von drei Toten angegriffen und hatte einen Verlust von drei Toten und einem Verwundeten. Auf Seiten der Eingetretener wurden zwei Mann verwundet.

#### Die Luftschiffahrt.

\* Vom Varrelischen Aeroplan. Die ersten Versuche mit dem von Major v. Varrel konstruierten Dreibackflieger werden nicht vor dem Herbst stattfinden. Die Flugmaschine ist ein Einflügeliger, an dem die Flügel des Varrelischen Aeroplan, vorn das Vertikalsteuer und hinten das Seitensteuer befestigt ist. Neben der Konstruktion des Apparates verläuft, daß zwei große Luftschrauben, die unter den Tragflächen liegen, zur Fortbewegung des Fliegers dienen, wofür ein Motor von 100 Pferdestärken den Antrieb liefert wird. Aus Stahlrohrmaterial wird der Rahmen und ebenso das Fahrgestell, das zwei Vollerhöhere beherbergen soll, hergestellt, um dem Zweiflügeligen die notwendige Festigkeit gegen Landungsstöße zu geben.











